

Referate

Es gilt das gesprochene Wort

Bundesrat Dr. med. Ignazio Cassis

Festansprache ETH-Tag 2018

Zürich, 17. November 2018

Egregio Presidente del Politecnico di Zurigo Lino Guzzella,
Sehr geehrte ETH-Rektorin Sarah Springman,
Sehr geehrter Herr ETH-Ratspräsident Fritz Schiesser,
Monsieur le président de l'EPFL Martin Vetterli,
Sehr geehrter Joël Mesot, designierter ETH-Präsident,
Sehr geehrte Nationalrätin Kathy Riklin,
Sehr geehrte Regierungsrätin Silvia Steiner,
Sehr geehrter Regierungsrat Martin Jäger,
Sehr geehrter Stadtrat Michael Baumer,
Sehr geehrte Kantonsrätin/Innen und Gemeinderat/Innen,
Sehr geehrte Professoren/Innen und Studenten/Innen,
Sehr geehrte Damen und Herren

Dass die ETH für Schweizer Qualität steht, ist fast schon eine Binsenweisheit. Wir wissen alle, dass sie zu den besten Hochschulen gehört. In internationalen Rankings nehmen die ETH, wie auch die EPFL, immer wieder Spitzenpositionen ein. Das zeigt ihre Exzellenz in Lehre und Forschung – und ihre Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft. Ein Blick auf Europa stützt dies: im Rahmen von «Horizon 2020» fallen mit 28% die meisten Schweizer Projektbeteiligungen auf den ETH-Bereich. Bei den Projektkoordinationen sind es 44,5% und mit mehr als einem Drittel erhält der ETH-Bereich auch den grössten Anteil der Beiträge zugunsten von Schweizer Forschungseinrichtungen. Diese Zahlen sind beeindruckend – auf sie kann Ihre Institution mit Recht stolz sein. Auch Binsenweisheiten müssen genügend wiederholt werden – so dass ihre Wichtigkeit nicht vergessen wird.

Meine Damen und Herren, auch die Politik hat ihren Anteil an den guten Werten: Sie sorgt offensichtlich mit Erfolg dafür, dass die Rahmenbedingungen stimmen, die eine Hochschule für ihre Arbeit auf höchstem Niveau benötigt. So investiert die Schweiz rund 3,4% ihres Bruttoinlandprodukts in Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten. Die Schweiz braucht hier den internationalen Vergleich nicht zu scheuen. Und die Investitionen lohnen sich: Regelmässig erreicht die Schweiz den 1. Platz, wenn weltweit die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der Staaten gemessen wird. Unser Land ist auch 2017 Spitzenreiterin im Ranking der Anmeldung europäischer Patente im Verhältnis zur Einwohnerzahl. Pro eine Million Einwohner/innen kommt die Schweiz auf 884 eingereichte Patente. Daran haben die EPFL und die ETH einen grossen Anteil: Sie belegen unter den grössten Anmeldern von Patenten beim Europäischen Patentamt die Plätze 13 (Lausanne) und 14 (Zürich).

Diese Exzellenz erreicht nur, wer international und europäisch hervorragend vernetzt ist und die begabtesten Talente aus dem In- und Ausland anzuziehen vermag. Auch bei der dafür erforderlichen Forschungszusammenarbeit mit anderen Staaten in Europa hat die Politik ihren Anteil. So wurde mit dem Abschluss des bilateralen Forschungsabkommens, das zum Paket der Bilateralen I gehört, 1999 die Grundlage für eine vollständige Beteiligung der Schweiz an den Forschungsrahmenprogrammen der EU gelegt. Bei jeder neuen Programmgeneration handelt die Schweiz ihre Beteiligung wieder neu aus. Dabei bleibt der Forschungsbereich von den gesamten Beziehungen Schweiz-EU nicht unberührt. So sistierte die EU nach der Abstimmung über die Masseneinwanderungsinitiative 2014 die Verhandlungen während einiger Zeit. Seit 2017 ist die Schweiz am 8. EU-Forschungsrahmenprogramm «Horizon 2020» vollständig assoziiert. Seither können sich Forschende in der Schweiz als gleichberechtigte Partner an allen Bereichen des Rahmenprogramms beteiligen.

Diese Erfahrung zeigt, dass die Türen zur europäischen Forschungskooperation nicht selbstverständlich und automatisch offen sind. Bei «Erasmus+», dem aktuellen EU-Programm für Bildung, Jugend und Sport, wurde der Einfluss der politischen Stimmungslage noch deutlicher. Die Schweiz hatte sich eine Beteiligung an der Programmgeneration 2007-2013 durch Unterzeichnung eines Abkommens im Jahr 2010 sichern können. Doch auch hier sistierte die EU 2014 die Verhandlungen über die weitere Beteiligung der Schweiz am Nachfolgeprogramm «Erasmus+». Da jedoch die internationale Mobilität von jungen Menschen in Ausbildung höchste Priorität genießt, beschloss der Bundesrat, nationale Massnahmen¹ zu ergreifen, um die internationale Mobilität von Schweizerinnen und Schweizern zu sichern.

Konkret konnten im Rahmen dieser Ersatzmassnahmen 2018 insgesamt fast 11'000 Bildungsaufenthalte oder -praktika in Europa finanziell unterstützt werden. Für viele ist das eine Erfahrung, die ein Leben lang unvergesslich bleibt. Und auch für die berufliche Laufbahn zahlt sich das Studieren im Ausland aus: Ich bin mir sicher, dass viele unter den hier Anwesenden selbst einmal einen Auslandsaufenthalt an einer Universität innerhalb der EU oder ein Praktikum im Rahmen dieses Austauschprogramms absolviert haben. Sie haben dabei neue Einblicke in Ihr Studienfach gewinnen, Ihre Sprachkompetenzen ausbauen und sicherlich auch Freundschaften über die Landesgrenze hinaus schliessen können. Wahrscheinlich haben Sie auch festgestellt, dass Sie dadurch Ihren Horizont erweitern und im Umgang mit anderen Kulturen wertvolle Erkenntnisse sammeln konnten.

Die angesprochenen EU-Programme und Massnahmen enden im Jahr 2020. Deshalb müssen wir uns heute schon Gedanken machen, wie es danach weitergeht. Denn 2021 starten sowohl das 9. EU-Forschungsrahmenprogramm «Horizon Europe» als auch das Nachfolgeprogramm von «Erasmus+» 2021-2027. Die Schweiz hat ein grosses Interesse an einer vollständigen und gleichberechtigten Teilnahme an «Horizon Europe» und verfolgt mit Interesse die diesbezüglichen Diskussionen in der EU.

Betreffend Erasmus 2021-2027 wissen wir zurzeit, dass das EU-Budget mit 30 Milliarden Euro verdoppelt werden soll. Sobald die Details des neuen Programms vorliegen, wird der Bundesrat die Frage einer Assoziierung prüfen. Wie in der Forschung ist auch in der Politik ein Alleingang wenig erfolgversprechend. Vielmehr müssen alle Akteure ihre Stärken zusammenbringen, um ihr gemeinsames Ziel zu erreichen. Gerade im aktuellen europapolitischen Kontext, in dem viele Fragen offen sind, ist es deshalb wichtig, dass sich die Forschungs- und Bildungsinstitutionen den politischen Rahmenbedingungen ihrer Arbeit bewusst sind und ihre Anliegen in der politischen Debatte einbringen. Die Wissenschaft gehört zur Politik und die Politik gehört zur Wissenschaft. Ihre Stimme, liebe Wissenschaftler/innen, ist auch ausserhalb der *alma mater* wichtig.

Ich bin jederzeit bereit, Ihnen zuzuhören.
Danke für die Einladung!

¹ Das vom Bundesrat geplante Förderbudget für die Jahre 2018-2020 beträgt 114,5 Mio. Schweizer Franken.